

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 10

Original-Commiss.
Zeugpreis überhöhtlich 1,50 Mfl. Nur Postbesug
Zustellung bei allen Postanstalten

Berlin, den 1. März 1925

Verlagshaus Berlin G. 2, Dreifischstr. 49/IV
Fernruf Merkur 5522.
Anzeigen werden nicht aufgenommen.

41. Jahrgang

Die skandalöse Steuerreform.

Herr Dr. Luther, der frühere Reichsfinanzminister und Chef der jetzigen Reichsregierung, hat oftmals versichert, daß die kommende Steuerreform in erster Linie der Milderung der Wirtschaftskrise dienen müßte. Alle Welt hatte deshalb von der Reformarbeit der Regierung vor allem eine Ermäßigung der Lohnabzugs- und der Umsatzsteuer erwartet. Die gegenwärtige Krise in Deutschland ist eben eine ausgesprochene Abjahrskrise. Die breiten Schichten der Bevölkerung können nicht kaufen, weil die Preise zu hoch und die Löhne zu gering sind. Aus diesem Zusammenhang entwickeln sich Krisenursachen, die nur durch eine systematische Kräftigung der Kaufkraft zu überwinden sind. Das bedeutet mit anderen Worten: Die Preise müssen gedrückt und die Löhne gesteigert werden.

Man hätte dieses Ziel zum Teil erreichen können, wenn man die Lohnabzugssteuer und die Umsatzsteuer ermäßigen würde. Die Lohnabzugssteuer vermindert die Kaufkraft der Bevölkerung bedeutend, und die Umsatzsteuer ist ein wesentlicher Verteuerungsfaktor. Eine Ermäßigung war aber an und für sich geboten, da die Steuerausweise der Regierung erhebt, daß gerade diese beiden Steuern erheblich überspannt und ohne Zweifel zu hoch sind.

Die Reichsregierung hat diese Einsicht nicht gehabt. In dem Steuerreformentwurf heißt es, daß eine Ermäßigung nicht in Frage kommen kann. Die Regierung handelt damit nicht nur gegen Arbeiter, Beamte, Angestellte usw. in höchstem Maße ungerecht, sie tobt auch, indem sie die alte, unerträglich harte Steuerüberspannung bestehen läßt, gegen die Gefundung der Wirtschaft. Hat sich die Regierung so wenig um die Hemmungen in unserer Wirtschaft bekümmert, daß sie nicht weiß: ohne eine steuerliche Entlastung der Produktion und der Massen ist eine Belebung unmöglich? Weiß sie nicht, daß unsere gegenwärtige Konjunkturbelebung nichts anderes als eine durch Staats- und Auslandskredite künstlich gemachte Scheinkonjunktur ist, die zu einer Riesenkrisis führen muß, wenn es nicht gelingt, den Markt durch Stärkung der Kaufkraft in Ordnung zu bringen?

Es scheint zwecklos zu sein, durch Vorstellungen auf die Regierung einwirken zu wollen; denn der Entwurf der Steuerreform übertrifft die schlimmsten Befürchtungen. Die alte unerträgliche Belastung soll nicht nur bestehen bleiben, sondern sogar noch vermehrt werden. Der Entwurf sieht nämlich u. a. auch vor, daß die von den Massen aufgebrachtsten Verbrauchs- (indirekte) Steuern erhöht, daß die Betriebe der öffentlichen Hand derselben Besteuerung unterliegen, wie Privatunternehmungen und die Steuerfreiheit bei der Umsatzsteuer für Lieferungen der öffentlichen Gas- und Elektrizitätswerke ebenfalls beseitigt würden. Das ist eine neue Schmälerung des Reallohnes, eine neue Einengung der Kaufkraft, eine neue Sünde gegen die Gefundung der Wirtschaft.

Damit nicht genug: Der Entwurf, der über die steuerliche Erlassung der riesigen Inflations- und Deflationsgewinne nichts, auch gar nichts sagt, die großen Verdienner am Markterfolg ungeschoren läßt,

sichert dem Besitz neue Steuervorteile. Während die kleinen Einkommen mit 10 Proz. in Deutschland die höchsten Einkommensteuern in der Welt überhaupt bezahlen, soll die Belastung der größeren Einkommen nicht über 33 1/3 Proz. hinausgehen. Das ist aber ein Satz, wie er niedriger nirgends in der Welt bezahlt wird. Bei der Vermögenssteuer soll an dem der Regierung äußerst hoch erscheinenden Satz von 0,5 Proz. festgehalten, die in Geltung befindliche Progression bis zu 0,75 Proz. aber gestrichen werden. Die Vermögenszuwachssteuer, die noch zu Recht besteht, nach der Zweiten Steuernotverordnung aber nicht erhoben wird, soll auch fernerhin unerhoben bleiben. Die besondere Kapitalertragssteuer soll in die Einkommensteuer eingearbeitet werden, also verschwinden. Auch auf dem Gebiete der Kapitalverkehrsbesteuerung sind weitgehende Erleichterungen geplant, die gerade den Großbetrieben, die in der Inflation reichen Substanzzuwachs zu verzeichnen hatten, zugute kommen wird.

Wollen wir ein Motto für diese Steuerreform suchen, dann könnte es nur das sein: Für die Großen alles, für die Kleinen nichts. Für die Großverdiener neue Erleichterungen, für die wirtschaftlich Schwachen neue Lasten!

Die Regierung, die den Ruhrindustriellen seit dem 11. Januar 1923, dem Tag des Ruhrstreikens, rund 3 Goldmilliarden an Liebesgabe zugewandt hat, verfolgt mit dieser Steuerreform ihre besonderen Zwecke. Sie ist nicht umsonst eine Regierung von Kapitals Gnaden. Deshalb gibt sie vor, mit ihrer Reform den Zweck zu verfolgen, das Geldkapital wieder aufzubauen, d. h. das deutsche Volk soll seine schon jetzt unerträglich knappe Lebenshaltung weiter einschränken, soll weiter und noch mehr hungern, damit Geld in die Tresors des deutschen Unternehmertums kommt. Eine neue Liebesgabe für den deutschen Kapitalismus, ein neuer Raubzug gegen die Vermögenden der Armen.

Die ganze skandalöse Steuerreform entspricht der bisherigen Politik der Regierung, den deutschen Unternehmern durch Preisüberhöhung neues Kapital zu verschaffen. Wenn die Regierung es mit ihrer Reform dann noch fertig bringt, die lästige Konkurrenz der Konsumgenossenschaften, der öffentlichen Gas- und Elektrizitätswerke usw. zu vermindern, wird das dem Wunsche ihrer kapitalistischen Auftraggeber entsprechen, die am besten wissen, weshalb sie eine Reichsregierung schufen!

Es liegt auf der Hand, daß der Plan der Regierung nur auf Kosten der Bevölkerung durchgeführt werden kann. Darin liegen auch die Gefahren, eine neue Belastung bedeutet Verminderung der Reallohne und Verminderung der Kaufkraft der Bevölkerung. Die notwendige Folge wird sein, daß sich aus diesen Ursachen heraus eine neue Krise entwickelt, die alles Dagewesene in den Schatten stellt.

Der Weg, den die Regierung gehen will, ist gefährlich und bedenklich.

Deshalb werden sich die Gewerkschaften mit aller Kraft gegen die neue Steuerreform wehren.

Mercurius.

Entscheidungen zu unseren Reichstaxi-Verträgen.

Neuer Schiedspruch für die Etuis-Industrie.

Die nun schon seit Monaten andauernden Tarifdifferenzen in der Etuis-Industrie, die zum Streik in Eisenberg und Rathenow führten, haben dem Reichsarbeitsministerium Veranlassung gegeben, die streitenden Parteien von Amts wegen zu einer Schlichtungsverhandlung vor das Reichsarbeitsministerium zu laden. Die Verhandlungen fanden am 23. Februar statt. Unsere Vertreter erklärten, daß sie bereit seien, den Kampf zu beenden, wenn die Unternehmer ihren bisherigen Standpunkt, nach dem sie jede angemessene Lohnhöhung verweigerten, aufgeben würden. Man sei unsererseits geneigt, eine neue zentrale Lohnvereinbarung einzugehen, wenn man Lohnsätze zugestehen, die denen der anderen verwandten Industrien entsprechen.

Die Unternehmer, die zahlreich erschienen waren, erklärten demgegenüber, daß sie zu Lohnzugeständnissen bereit seien, daß aber Lohnsätze, wie sie in der Buchbinderei und in der Kartonnagenindustrie festgelegt seien, die Etuis-Industrie, die eine ausgesprochene Exportindustrie sei, einfach abschlagen müßten. Es sei untragbar und absolut unmöglich, daß insbesondere in den niederen Orisklassen Lohnsätze gezahlt werden könnten, die in gar keinem Verhältnis ständen zu den Löhnen der anderen, an den jeweiligen Orten maßgebenden Industrien. Es sei ein vollkommen unmögliches Verlangen, daß man beispielsweise für Pforzheim einen Lohnsatz festlege, der weit über das hinausgehe, was für die 40.000 Menschen in der dortigen Edelmetallindustrie zurzeit gelte. Daß man an diesen Orten selbst auch in Arbeiterkreisen dies vollkommen einsehe, beweise ja auch, daß erst in den letzten Tagen in Pforzheim ein einstimmiger Schiedspruch zustande gekommen sei, wonach der Lohn für die Klasse III 58 Pf. betrage. Daß man arbeitnehmerseitig diesen Schiedspruch angenommen habe, sei doch eine Tatsache, an der man nicht vorübergehen könne.

Die Verhandlungen, die zeitweise in außerordentlich gereizter Weise geführt wurden, endeten schließlich nach zwölfstündiger Dauer mit nachstehendem Schiedspruch:

1. Es wird die Lohnregelung und die Arbeitszeitregelung des Schiedspruchs vom 17. November 1924 mit der Maßgabe zugrunde gelegt, daß bei den Plätzen der Orisklassen III, IV, V, VI, nämlich Annaberg-Buchholz, Boll, Braunschweig, Bretten, Eisenberg, Eisenberg i. Thür., Gera, Halle, Heilbronn, Ilmenau, Jena, Karlsruhe, Kassel, Kemtau i. Sa., Kiel, Kirchheim, Klein-Steinheim, Langenberg i. Rhld., Magdeburg, Mainz, Nagold, Oberrodenbach, Oberwiesenthal, Ohligs, Pforzheim, Raschau, Rathenow, Roda, Ruhl, Rüdersdorf, Söllingen, Schöneck i. Sa., Suhl, Schwäbisch-Gmünd, Stettin, Tiefendronn, Unterreichenbach und Wald ein Lohnzuschlag von circa 5 Proz. erfolgt, so daß die Lohnsätze sich also wie folgt stellen würden:

Ortsklasse	I	II	III	IV	V	VI
Pf.	68	64 1/2	58	56	53	51

Die Akkordsätze erhöhen sich um 5 Proz.

Diese Lohnregelung soll vom 20. Februar 1925 ab bis zum 19. März 1925 gelten.

2. Vom 20. März 1925 ab sollen folgende Löhne gelten:

Ortsklasse	I	II	III	IV	V	VI
Pf.	72	69	63	60	57	53

Die Akkordlöhne erhöhen sich gegenüber den unter Ziffer I festgesetzten Sätzen um 5 Proz.

Dieses Lohnabkommen soll bis zum 28. Mai 1925 gelten und ist mit einer Frist von vier Wochen kündbar.

3. Die Ausnahmestellung für die unter Ziffer 1 aufgeführten Orte soll für die Dauer des Lohnabkommens gelten.

4. Bestehende Lohnverhältnisse sollen durch das gegenwärtige Abkommen keine Verschlechterung erfahren.

5. Maßregelungen aus Anlaß von Streiks finden nicht statt. Die Teilnahme am Streik gilt nicht als Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses. Die Wiedereinstellung der streikenden Arbeiter erfolgt mit möglichst bestmöglicher Nachtrag der Beschäftigungsmöglichkeit.

Erklärungsfrist 27. Februar 1925, mittags 12 Uhr.

Zur Beitragsfrage.

Der im vorigen Spätherbst einkehrende bessere Geschäftsgang und die zu gleicher Zeit auf Anregung des Verbandsvorstandes fast allerorts betriebene Agitation zeigen in erfreulicher Weise ihre Auswirkungen auf die Organisation. Die Mitgliederzahlen sind fast überall im Steigen begriffen und die Beitragsleistung ist eine geregelte und bessere geworden. Wenn es auch noch immer viele Mitglieder gibt, die das Bestreben an den Tag legen, einen möglichst niedrigen Beitrag zu leisten, dann ist doch zu beobachten, daß der Gesundungsprozess auch nach dieser Seite hin Fortschritte macht. Der gesunde Sinn der real und nüchtern denkenden Gewerkschaftler gewinnt die Oberhand und drängt darauf, daß unser Verband zunächst bald seine frühere Schlagfertigkeit wieder erlangt. Man beginnt allgemein wieder einzusehen, daß mit dem Schrei nach Besserung der Lebenslage durch angemessene Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen auch verbunden sein muß der entsprechende Bittes, selbst mit bezuzufügen, daß die Voraussetzungen dafür geschaffen werden.

Die Erkenntnis bricht sich allgemein wieder Bahn, daß jeder einzelne seine volle Pflicht dem Verband gegenüber erfüllen muß, wenn er mit gutem Recht von ihm erwarten will, daß er seine Interessen mit größtmöglichem Nachdruck vertreten soll. Man erkennt, daß eine Knauterei am Verbandsbeitrag ein Sparen am falschen Fleck bedeutet und daß da, wo nichts hineingesteckt wird, auch nichts herauspringen kann.

Warum also, sei gefragt, so krampfhaft die Hand auf den Beutel gehalten, wenn es sich um die Zahlung des Verbandsbeitrages handelt? Sieht man schon mal ein, daß ein Groschen mehr an Beitrag einige Pfennige Lohnerhöhung in der Stunde zu bedeuten hat, dann wäre es ja geradezu töricht, den Groschen in der Tasche zu behalten und dem Unternehmer dafür die paar Mark in der Woche zu belassen. Ganz abgesehen davon, daß ein angemessener hoher Beitrag auch die Möglichkeit bietet, die Unterbringungseinrichtungen auf eine Höhe zu bringen, die den veränderten Wertverhältnissen angepaßt ist, muß es unser eifrigstes Bestreben sein, trotz eventueller Unterfälle einiger Kleinmütigen und Ueberängstlichen so rasch wie möglich den Verband finanziell so zu kräftigen, daß wir im Laufe des Frühjahrs und Sommers, wenn die Verhandlungen über den Neuaufschluß der verschiedenen Reichstärke gestoppt werden, finanziell so gestärkt sind, daß wir nicht nur die sicher zu erwartenden Verschlechterungsanträge abwehren können, sondern Fortschritte auf tariflichem Gebiete zu erzielen vermögen.

Die vom Verbandsvorstand ergriffene Initiative zur Erhöhung der Beiträge ist deshalb mit voller Genugtuung zu begrüßen, nur schade, daß seine Anträge an den Beirat nicht weitergehend waren. Doch was noch fehlt, wird der Verbandstag in Hamburg nachholen müssen. Denn auf diesem Gebiete ist es doch endlich Zeit, daß man die alte Tradition der Beitragsknappheit mit Stumpf und Stiel ausrottet.

—Berlin.

Der Geschäftsgang in den Leipziger Buchbindereien

im Januar wird von der Handelskammer in Leipzig wie folgt beurteilt: Die Beschäftigungsverhältnisse waren im Januar noch gut. Die Auftragserteilung hat sich zwar abgeschwächt, immerhin aber kann man noch für die nächsten vier Wochen im Rahmen der 48-Stunden-Woche auf normale Beschäftigung rechnen. Der finanziell starke Teil der Verleger ist in der Auftragserteilung zurückhaltend geworden. Das Geschäft wird wesentlich dadurch beeinflusst, daß es sich im allgemeinen nur um Aufarbeitung von kleinen Aufträgen handelt. Dabei wird versucht, ganz unmögliche Zahlungsbedingungen zu stellen, z. B. nach drei Monaten in einem Drei-Monats-Akzept. Daß bei derartigen Zumutungen eine weitere Belebung des Geschäfts nicht möglich ist, ist klar, zumal gerade die technischen Betriebe am meisten unter den Inflationsercheinungen gelitten haben.

Für das Buch

tritt die Leipziger Messe in besonderer Weise ein. Der Gedanke der „Bugra“ lebt fort, der seine Auf-erhebung im Gestalt der „Bugra“-Messe fand, die sich in den Gesamtrahmen des Leipziger Messeseitens ein-gliederte. Leipzig als von jeher die Stadt des Buches konnte es übernehmen, die gesamte literarische und künstlerische Erzeugung des Buchgewerbes und der Graphit zweimal im Jahre zu einer großen Muster-ausstellung zu vereinigen. Die „Bugra“-Messe führt vor allem dem Buchhandel die Neuerscheinungen vor, dem Buchgewerbetreibler aber auch die modernen Aus-stattungsweisen im Druck und Einband. In der Gruppe „Graphit“ sind die großen Verleger für Bücher, Musikalien und Graphit anzutreffen, auch namhafte ausländische, so daß die international zu-sammengesetzte Einkäufererschaft nicht nur auf eine kommerzielle Leistung, sondern auch auf eine kulturelle Tat blicken kann. An der Leipziger „Bugra“-Messe, die sich noch im Deutschen Buchgewerbehaus seitest mit dem Angebot aller Materialen und Maschinen, die zur Buchherstellung benötigt werden, nehmen durchschnittlich 600 Aussteller teil.

(„Papier-Zeitung“.)

Gewerkschaftstump vor 100 Jahren.

×. Der Kampf des arbeitenden Volkes um sein wirtschaftliches Recht hat in Deutschland noch keine lange Geschichte. Deren eigentlichen Anfänge finden wir erst in den Jahren vor 1848, doch hat die folgende Reaktion auch diese Anfänge vielfach wieder aufgelöst. Anders in England. Dort finden wir die Vorgesichte auch unserer Bewegung. Und gerade die Zeit vor hundert Jahren enthält dort das bedeutendste Geschehen jenes organisatorischen Anfangs.

Der Zeit um 1824/25 war die Periode vorausgegangen, die unter dem Einfluß des bekannten Nationalökonomens Adam Smith stand. Smith hatte in seinem „Reichum der Nationen“ die Lehre von der wirtschaftlichen Freiheit verkündet, und dieser Grundsatz der Freiheit forderte nach der Auffassung der damaligen Welt die Beseitigung aller Vereinigungen, die imstande waren, sie zu beeinträchtigen. Die Folge dieser geistigen Einstellung war das Gesetz von 1799, das allgemein jede Verbindung verbal und für strafbar erklärte, die Zusammenschlüsse der Arbeitnehmer wie auch der Arbeitgeber. Während jedoch für die Arbeiter Gefängnisstrafen angedroht waren, konnten die Arbeitgeber nur mit geringen Geldstrafen belegt werden. Eine weitere Erschwerung bedeuteten für die Arbeitnehmer noch die Folgeerscheinungen des Friedens von 1815. Zwar brachte der Friede eine Herabsetzung der Preise, doch auch zugleich eine außerordentliche Herabdrückung der Löhne.

In dieser schweren Bedrückung erstanden den Arbeitern zwei Helfer in den Personen des früheren Schneidermeisters Plate, der sein Geschäft seinem Sohne übergab, um ganz der Arbeiterfrage leben zu können, und des Parlamentarismembers Hume. Beide setzten in den Jahren 1824/25 die Aufhebung der ganzen Serie von Gesetzen gegen die Arbeiterverbindungen durch, wodurch diese Zeit, gerade vor hundert Jahren, zur bedeutendsten für die Arbeiterbewegung in jener ganzen ersten Periode der Gewerkschaftsbewegung wurde.

Eine Art von Verbindung unter Arbeitern wurde allerdings schon früher stillschweigend gebildet, der

Zusammenschluß zur Durchführung von bestehenden Gesetzen, doch waren Arbeiterverbindungen, die selbständig Bestimmung der Löhne und Arbeitsbedingungen erstrebten, streng verboten. Der gewerkschaftliche Zusammenschluß zum Erkaufen besserer Löhne und Arbeitsbedingungen galt als politisches Verbrechen und wurde als solches bestraft, während ein Zusammenschluß der Arbeitgeber nur als industrielles Vergehen angesehen und dementsprechend milde mit Strafe bedroht wurde.

Es ist bezeichnend für den starken Drang nach organisatorischem Zusammenschluß, daß die Arbeiter-schaft schon damals im ersten industriellen Werden solche Verfolgungen im Interesse ihrer Kampf-gemeinschaft erduldet. Tischler, Hutmacher, Eisen-schmiede wurden wegen verbotener Verbindung verfolgt. Fünf Buchdrucker wurden wegen „Verschwörung“ verurteilt. Zehn Rattendrucker erhielten wegen ihrer gewerkschaftlichen Zusammenkunft drei Monate Gefängnis. Auch eine ganze Anzahl Baumwollspinner wurde zu Gefängnis verurteilt, weil sie sich organisiert hatten. Nur von einer Bestrafung der Arbeitgeber merkte man nichts, obwohl auch da Verbindungen bestanden.

Aber diese Jahre der Unterdrückung des Organisationsgedankens vor dem historischen Jahre 1825 waren zugleich Jahre, die die solidarische Treue der Arbeiterschaft so recht erkräften ließen. Die einen unterstützten die anderen, das eine Gewerbe das andere. In allen Rechnungslegungen der Organisationen jener Zeit, soweit sie uns erhalten sind, finden wir Eintragungen von Beiträgen, die zur Unterstützung von Kämpfen in anderen Gewerben verwendet waren, ein Gebanke, der heute selbst den Arbeitgebern begreiflich ist, jedoch vom Unternehmertum damals nicht verstanden wurde. Daß die Londoner Schneider den Weibern in Glasgow oder daß die Goldschläger den Seilern Geld zu senden wagten, schien dem Mittelstande wie dem Unternehmertum geradezu ein Verbrechen.

Es ist das große Ereignis des Jahres 1825, daß dieser Verfolgung durch neue Gesetze ein Ende bereitet wurde. Zum ersten Male in der Welt wurde im englischen Gesetze vom Jahre 1825 das Recht des proletarischen Zusammen-schlusses, das organisatorische Recht auf Kampf um Lohn- und Arbeitsbedingungen und auf Streik ausdrücklich öffentlich festgestellt, ein Ereignis, das der gewerkschaftlichen Bewegung damals einen großartigen Antrieb gab. Von einem „Fanatismus für Gewerkschaftsgründungen“ schrieb das „Sheffield Iris“ vom 12. Juli 1825. Und wenn das Jahr 1825 auch mit einer wirtschaftlichen Panik schloß und wenn auch von 1825 bis 1829 ein wirtschaftlicher Tiefstand vorhanden war und wenn auch noch Kämpfe über Kämpfe in der gewerkschaftlichen Entwicklung bevorstanden: das Jahr 1825 mit seiner offiziellen Anerkennung des lange erkämpften Rechts auf organisatorischen Zusammenschluß ist für die Gewerkschaftsbewegung ein historisches Jahr. Zu gewaltiger Höhe wuchs der Gedanke in diesem Jahrhundert. Das gesellschaftliche Recht ward in diesem Jahrhundert zur wirtschaftlichen und sittlichen Pflicht.

Kurse für künstlerischen Bucheinband.

Die Klasse für künstlerischen Bucheinband der Kunstgewerbe- und Handwerkerschule Charlottenburg hält zurzeit ihren 41. Kursus ab, der am 6. Oktober begann und am 30. März endet. Er wurde von 10 Schülern und 7 Schülerinnen besucht im Alter von 18 bis 33 Jahren.

Der am 1. April beginnende neue Kursus ist bereits mit 14 Schülern voll besetzt, so daß erst am 1. Oktober Neuaufnahmen stattfinden können, wozu Meldungen spätestens bis Ende Juni einzureichen sind. Es werden nur gelehrte Fachleute aufgenommen, auch Beiträge, die bereits 2 Jahre gelernt haben. Gehten in 3. Geistesjahr können am Schluß des Kursus ihre Meisterprüfung ablegen. Gelehrt werden alle Techniken, die bei Herstellung von Halbfranz- und künstlerischen Ganzledbänden in Betracht kommen: Handvergoldung, Leder-auf-lage, Lederbeizen und -färben, Goldschmitten, Al-lieren, Goldschmitten, Färbung auf echte Bände und dergleichen. Auf sorgfältige technisch vollendete Herstellung des Einbandes unter Erklärung bibliophiler Regeln wird besonders geachtet.

Außer dem Unterricht im kunstgewerblichen Buchbinden sind für die Schüler noch folgende Kurse eingerichtet: Buchdruck und Schriftsetzerei, Schriftschneiden, Stil-lehre, Ornamentzeichnen, Gestaltungslehre und Entwurfen. Nähere Auskunft erteilt das Bureau der Kunstgewerbe- und Handwerkerschule, Berlin-Charlottenburg, Wilmers-borfer Straße 166/67.

Für unsere Kolleginnen

Die junge Arbeiterin.

Mit heißen Augen, schlaffen Händen
Schlepp ich ein Leben ohne Wahl.
Weiß nicht, wann soll der Jammer enden,
Wann dieser Tage müde Qual?
Und bin doch jung, bin voll Verlangen!
Die Sehnsucht brennt in meiner Brust.
Die, halb in Stürmen, halb in Bangen
Erzittert zwischen Schmerz und Lust.

Glaubt ihr, ich sähe nicht den Garten
Von Duft und Farbenglanz durchwallt?
Ich höre nicht den Klang, den Garten,
Der süß aus hellen Fenstern schallt?
Mit Jörn und Scham bild ich hinüber;
Mich gelüßt meine Angebud.
Dann schleich ich früh und schon vorüber.
Ist Sehnsucht Sünde? Armut Schuld?

Hör ich der Schönheit fränk'ne Lieder
Und glüht in mir der Adern Saft:
Verwelken müssen meine Glieder,
Verdorren meine junge Kraft.
Verwelken, eh sie noch erblühen,
Eh noch die Freude sie betränt.
Verdorren von der Arbeit Mähen,
Auf der kein Strahl der Schönheit glänzt.

Noch aber ist sie nicht verfunken,
Die Mut, die mir im Busen loht:
Und sprachend sprüh'n empor die Funken,
Weht mich der Zukunft Morgenrot.
Dann wird mein Schicksal sich vollenden;
Ein tret ich durch das gold'ne Tor,
Und reife mit befeelten Händen
Der Freiheit Fackel hoch empor. —

Jürgen Brand.

Kolleginnen, nühet eure Macht!

Wer da Umschau hält in unserem beruflichen Leben, der muß heute leider genau so wie früher die Erfahrung machen, daß wir Kolleginnen es mit der Anteilnahme an der Entwicklung und am Ausbau unseres Verbandes nicht allzu ernst nehmen. Sagen wir es offen: Unsere Beteiligung an der Verbandstätigkeit ist weniger als gering und das, obwohl wir zu unserem Mitgliederstand eine doppelt so große Anzahl stellen wie unsere Kollegen. Wenn unser Verband eine ausgeglichene Organisation weiblicher Arbeitskräfte darstellt, dann sollte ganz natürlicherweise der Verband in allen seinen Einrichtungen und Handlungen beherrscht werden von den Erfordernissen, die wir Kolleginnen an das Verbandesleben stellen. In 99 unserer Jahrestellen haben wir nach der Abrechnung unseres Verbandes vom 3. Quartal des Vorjahres (siehe „Buchbinder-Zeitung“ Nr. 51) die Mehrheit. Durch die Agitation zur Gewinnung neuer Mitglieder im letzten Vierteljahr des Vorjahres und in den ersten Monaten des laufenden Jahres haben sich die Mehrheitsverhältnisse noch mehr zu unseren Gunsten verschoben. Wir Kolleginnen könnten also, wenn wir es nur wollten, der beherrschende Teil unseres Verbandes sein. Wir sollten in allen auftauchenden Fragen infolge unserer ziffernmäßigen Überlegenheit die bestimmende, die ausschlaggebende Rolle spielen und damit unserem Verband das Gepräge und das Ansehen einer ausgeprägten Arbeiterinnenorganisation geben.

Von dieser auf dem zahlenmäßigen Uebergewicht beruhenden Macht machen wir leider keinen Gebrauch. Wir halten uns bescheiden und mehr als gut ist im Hintergrund und überlassen alles, was da zu beraten und durchzuführen ist, unseren Kollegen. Als Beispiel verweise ich auf die Entlohnung. Unser Lohn ist in ein gewisses festes Verhältnis zum Männerlohn gebracht. Eine Verringerung des Männerlohnes bringt darum auch zugleich eine Verringerung unserer Löhne. Wenn also unsere Kollegen für eine

Lohnhöhung eintreten, dann ist damit zugleich auch ein Eintreten für eine Lohnhöhung für uns verbunden. Wie oft aber haben wir es bei der Berichtserstattung über Lohnverhandlungen von unseren Vertretern hören müssen, daß die Unternehmer sich fast immer und in der Hauptsache gegen die Erhöhung der Arbeiterinnenlöhne stemmen! Es scheint mir fast so — wenn ich den Standpunkt der Unternehmer richtig verstehe —, daß unsere Kollegen für sich selber bei den Verhandlungen sehr viel mehr herausholen könnten, wenn — sie unsere Interessen nicht so scharf vertreten würden. Daß unsere Kollegen diesen Egoismus nicht zeigen, daß sie vielmehr versuchen, auch uns zu unserem Recht zu verhelfen, dafür müssen wir ihnen danken.

Dieser Dank ist jedoch nicht mit Worten abzugeben. Wir müssen zeigen, daß wir das Eintreten für uns auch verdienen und wir müssen unsere Kollegen auch bei deren Eintreten für uns soweit wie möglich unterstützen. Das aber geschieht nicht dadurch, daß wir alles Arbeiten den Kollegen überlassen und denken, diese werden es schon schaffen. So kann es natürlich nicht gehen und auf diese Art kommen wir auch nicht so schnell vorwärts, wie wir es alle wünschen und wie es notwendig ist. Wir müssen uns selbst mit rühren und selbst mit zupacken! Das ist für uns leicht, da wir doch zweimal mehr Mitglieder zu unserem Verband stellen wie die Kollegen. Da muß es doch viele unter uns geben, die sich mit zur Verfügung stellen können, wenn es gilt — und das ist immer der Fall — für unsere eigenen Bestürfnisse tätig zu sein. Kann nicht jede einmal eine Stunde für die Verbandsarbeit opfern? Wir haben doch auch unter uns nicht wenige, von denen man sagt, daß sie „Haare auf den Zähnen“ haben. Warum soll sich das immer nur im engsten Kreise zeigen, wo es keinem Menschen nützt? Warum kommen diese Kolleginnen nicht in unsere Versammlungen und reden dort für die mit, die da glauben, daß sie nicht reden könnten? Warum findet man auch fast keine Zuschriften aus unseren Kolleginnenkreisen in unserer Zeitung? Haben wir denn gar keine Wünsche, sei es in bezug auf die Arbeitsverhältnisse, sei es in bezug auf den Verband selbst, auf seine Einrichtungen, seine Arbeiten? Es braucht ja kein langer Artikel zu sein, aber sagen sollten wir, wo uns der Schuh drückt, der Redakteur wird schon dafür sorgen, daß unsere Wünsche in der Zeitung veröffentlicht werden. Durch unsere Zurückhaltung hindern wir nur die Entwicklung, da diejenigen, die für uns tätig sind, nie recht wissen, wie wir uns zu diesem oder jenem stellen. Und wenn ich jetzt in unserer Zeitung lese, daß unser Verbandsbeitrag für uns um 5 Pf. für unsere Kollegen und diejenigen von uns, die gleich mir in der vierten Klasse steuern, um 10 Pf. erhöht werden soll, dann ist es doch notwendig, daß wir auch dazu unsere Meinung sagen. Wenn diese Erhöhung dazu dienen soll, um für besseren Lohn zu sorgen, dann kann ich dem nur zustimmen. Dafür müssen wir werden wir schon die paar Pfennige übrig haben. Das müssen wir aber auch unseren Kollegen sagen, denn sonst wissen diese ja nicht, was unsere Meinung ist, die wir die Mehrheit in unserem Verbands darstellen.

Deshalb, ihr Kolleginnen, rufe ich euch auf zur größeren Anteilnahme an allen Arbeiten, die für uns geleitet werden müssen. Wir müssen von unserer Macht Gebrauch machen, dann wird auch unser Leben ein besseres werden. Irma Schäffl.

Das Wirtschaftsgeld der Hausfrau.

„Es langt nicht!“ So klagt eine Frau der anderen schon jahrzehntelang ihr Leid. Warum langt es nun nicht? Verschiedene Ursachen sind da maßgebend. Jeder denkt zuerst an die Lohnfrage: Der Lohn ist zu niedrig! Das stimmt. Aber warum ist der Lohn zu niedrig? Weil die Preise zu hoch sind. Wer bestimmt die Preise? Die Frage ist leichter gestellt als beantwortet. Viele Ursachen sind hier am Werke. Je mehr Kleinhändler, desto mehr Anreiz für den Großhandel, auf Preise

zu halten. Der Konsument zahlt eben dann zwangsweise den Preis, den man von ihm verlangt. Muß das so bleiben?

Die Verbraucherschaft hat in der Genossenschaftsbewegung, in den Konsumvereinen, einen mächtigen Wirtschaftsfaktor, der schon überall preislegend eingegriffen hat. Dieses wird von den meisten Verbrauchern geradezu hartnäckig übersehen, und erst, wenn es einmal soweit kam, daß eine genossenschaftliche Verteilungsstelle geschlossen werden mußte, dann kamen die Mitglieder und Verbraucher und baten die Verwaltungen aufs dringendste, die Verteilungsstelle doch wieder zu öffnen. Ja, man war dann sogar auf einmal bereit, den geforderten Geschäftsanteil in voller Höhe einzuzahlen, was zuvor als eine Unmöglichkeit hingestellt wurde. Dort hatten die Verbraucher erfahren, was es für sie bedeutet, wenn die preisregulierende Tätigkeit der Genossenschaften fehlt.

Durch die Genossenschaft wird also die wirtschaftliche Schwäche der Arbeiterfamilien bereits zu einem Teil gemildert, und mehr kann es noch nicht sein, weil immer noch die Verbraucher ihr Wirtschaftsgeld in hunderttausende Kanäle zerfließen lassen: in die Taschen des Kleinhandels, des kapitalistischen Großhandels, in die Geldschränke der kapitalistischen Industrien, der Banken usw., die alle mehr oder weniger farielliert, spezialisiert, konzentriert oder gar vertrustet sind, um aus dem Wirtschaftsgeld der Hausfrauen noch mehr Profit herauszuschlagen. In der Genossenschaft kann dieses Kapital zusammengefaßt und im Interesse der Verbraucher nutzbar gemacht werden. Solange die Verbraucher ihr Wirtschaftsgeld gedanken- und planlos zerplittern, dienen sie dem Kapitalismus.

In diesem Wirtschaftskampfe helfen keine Phrasen! Hier heißt es handeln, planmäßig wirtschaftlich handeln! Den Kapitalkonzernen muß die Organisation der Verbraucher gegenübergestellt werden. Dann wird das Wirtschaftsgeld der Hausfrau zu einer großen Kapitalmacht, die, richtig verwendet, die heutigen Leiden der Mütter und Kinder bedeutend verringern kann.

Die Frauen und der Friede.

Zwei Wege stehen uns offen. Den einen, der zu Krieg und Hunger führt, haben die Nationen schon beschritten, der andere ist der Weg, den die Arbeiterbewegung vorgezeichnet. Er führt zu Frieden und Nahrung. Die Mütter können zur Bereitung des Weges zum Frieden viel beitragen. Wir dürfen nicht nur gegen den Krieg sein, wir müssen auch eine aufbauende Politik der Zusammenarbeit zwischen den Arbeitern und Müttern aller Länder anstreben. Die Idee der Mutterpflicht muß nicht nur ein Gefühl sein, sondern sich in dauernder Zusammenarbeit der Völker in der Produktion und dem Austausch von Gütern und Kenntnissen kundgeben. Sie muß eine internationale Wirklichkeit werden und die Grundlage zur Ueberleitung des Nationalismus zu einer internationalen Einheit der Arbeiter aller Länder.

Dr. Marion Phillips,
Sekretärin der Frauenabteilung der Britischen Arbeiterpartei.

Aus: Bebel, die Frau und der Sozialismus.

Die Frauenfrage ist für uns nur eine Seite der allgemeinen sozialen Frage, die gegenwärtig alle denkenden Köpfe erfüllt und alle Geister in Bewegung setzt; sie kann daher ihre endgültige Lösung nur finden durch die Aufhebung der gesellschaftlichen Gegensätze und Beseitigung der aus diesen hervorgehenden Uebel.

Da alle die unerträglichen, vorzugsweise die Frau schädigenden Zustände im Wesen der bürgerlichen Gesellschaft begründet sind und mit der Dauer ihres Bestandes sich steigern, so erweist sich dieselbe als unsähig, diese Uebel zu heben und die Frau zu befreien. Es ist also hierzu eine andere gesellschaftliche Ordnung nötig.

Berufsberatung.

Wom Berufsamt Harburg erhalten wir die nachstehende Aufschrift, deren Beachtung im Interesse der angeregten Sache recht wünschenswert ist.

Alljährlich verlassen Jungen und Mädchen zu Hunderttausenden die Schule. Ihre Eltern setzen dann vor der bänglichen Frage: Was soll der Junge, was soll das Mädchen werden? In unserem entwickelten Berufs- und Wirtschaftsleben ist es den Eltern ohne fremde Hilfe in den meisten Fällen einfach unmöglich, für ihre Kinder den rechten Beruf, den rechten Arbeitsplatz zu finden.

Wit der Auffklärung der Kinder ist es nun aber allein nicht getan. Auch den Eltern muß der richtige Überblick über Berufs- und Arbeitsfragen gegeben werden. In diesem Zwecke veranstaltet das Berufsamt Harburg alljährlich im Herbst Elternabende, wo Fachleute über die Anforderungen und Aufgaben in den verschiedenen Berufen und Arbeitsarten sprechen.

Oft wollen die Jungen einen Beruf erlernen oder an einen Arbeitsplatz gehen, für den sie sich nicht eignen. So ist es unnützlich, wenn ein tuberkulöser Junge Kfiseur, ein farbenblinder Schüller Maler, ein Junge aus der dritten Klasse der Volksschule Kaufmann, ein geistig begabter Junge ungelernter Arbeiter werden möchte.

- 1. Welchen Beruf erlernten Sie?
2. Wie viele Jahre haben Sie ihn ausgeübt?
3. Erlernten Sie den Beruf, den Sie während Ihrer Kindheit zu erlernen wünschten?
4. Wenn Sie die Frage mit „Nein“ beantworten müssen, dann geben Sie bitte an, welchen Beruf Sie eigentlich früher erlernen wollten?
5. Welches sind die Vortheile Ihres Berufes, Ihrer Arbeit, das heißt, was macht Ihnen Ihren Beruf, Ihre Arbeit lieb und wert?
6. Welches sind die Schattenseiten Ihres Berufes, Ihrer Arbeit, das heißt, was ist in Ihrem Beruf, in Ihrer Arbeit weniger angenehm?

Jeder, der diese Fragen einwandfrei, wahrheitsgemäß und erschöpfend beantwortet, hilft der so wichtigen Berufsberatung ein Stück weiter. Alle Anskünfte bitte ich zu richten an das Berufsamt zu Harburg a. d. E., Brückstr. 17. Dieses Berufsamt wird dafür sorgen, daß das eingehende Material auch den übrigen deutschen Berufsberatungsstellen übermittelt wird. Ich bitte nochmals um rege Beteiligung an der Beantwortung der von

mir gestellten Fragen. Vielleicht organisieren die einzelnen Verwaltungen die Sache in der Weise, daß sie einzelne befähigte Kollegen mit der Beantwortung der Fragen beauftragen. Dadurch käme, wenn auch nicht gerade besonders zahlreiches, so doch aber gutes Material zusammen.

Hermann Bues, Harburg.

Die Sorge.

X. Die Sorge zehrt, sie lähmt die Spannkraft und beugt den Menschen. Sie drückt seinen Lebensdrang. Sie macht zettig alt. Und damit läßt sie auch den Kultursinn des Menschen verkümmern.

Der Sorgen hat, dem einseitig an seine Existenz, an die Erhaltung seiner körperlichen Kraft, an die Gesundheit seiner Familie. Er hat nicht Zeit und Lust für anderes. Die Pflege des Geistes ist ihm eine Last. Er vegetiert wie eine Pflanze. Er wird vom Leben gepackt, statt selbst das Leben zu packen. Sein Innerstes, seine menschliche Würde, sein Stolz, seine geistige Kraft, seine eigentliche, wahre menschliche Größe wird entzogen, er ist in die wirtschaftlichen Nöte und Sorgen, um da nur zu oft zu ersticken und unterzugehen.

Und diese Sorge kennt das schaffende Volk nur zu gut. Es hat vielleicht seine Existenz, aber die Existenz, die da grübelt und rechnet und den Haushalt durch die Woche, den Monat hindurchbalanciert, ohne die sichere wirtschaftliche Grundlage, die die Voraussetzung ist zu allgemeinem geistigen Schwung und innerlicher menschlicher Erhabenheit. Laufende aber haben nicht einmal das Allernötigste zum Leben. Sie kennen nur Sorge und immer wieder Sorge und weiter nichts. Wie tief muß das innerliche Recht auf Kultur im Menschen geworden sein, daß das Streben nach Wahrheit, Gutem und Schömem trotzdem bei all diesen nicht gänzlich getödet wird!

Nur der Pflücker fühlt nichts von diesem Zusammenhange zwischen Sorge und Kultur, der fette Speicher. Die größten Kulturträger, die meisten von ihnen, kammen die Sorge und ihren hemmenden Einfluß auf die eigene Schöpferkraft nur zu gut. Darum jubelte Schiller, als seine dänischen Freunde ihm das materielle Leben für ein Jahr überließen, daß er nur nach dieser Befreiung von der Sorge endlich einmal wieder die Möglichkeit habe, Empfindungen der Kultur zu schaffen. Sorge und Kultur sind Gegensätze. Je größer die Sorge, um so geringer die Kultur. Je größer die wirtschaftliche Freiheit, um so größer die Schöpferkraft eines Volkes.

So finden wir die Philosophie stets nur dann in den Völkern, wenn eine gewisse wirtschaftliche Entwicklung die Voraussetzung ist. Die Wurzeln der Kultur reichen hinunter in ökonomischen Boden.

Der Kampf für die ökonomische Freiheit ist darum ein Stück vom Vorkriegskampfe der Kultur. Wir müssen wirtschaftlich frei sein, wenn wir kulturell groß sein wollen. Daß wir das fühlen, beweist, daß im kämpfenden Volke mehr Kulturgehalt vorhanden als in jenen lässlichen Philistern und gleichgültigen Spöttern, die da von dem Ein und Her von Kultur und Sorge noch nichts gespürt.

Internationales.

Ungarn: Der ungarische Verband hält seine ordentliche Generalversammlung am 22. März ab. Zur Verhandlung stehen: Bericht der Zentralverwaltung, Erhöhung der Beiträge und Unterstützungen, Anträge und Verschiedenes und Wahl der Zentralverwaltung.

Aus dem Geschäftsbericht des ungarischen Verbandes ist zu erwähnen, daß dieser im verflossenen Jahre in jeder Beziehung seine Aufgaben erfüllt hat. Im besonderen Maße war die Leistung des Verbandes in Anspruch genommen durch die außerordentliche Teuerung und Arbeitslosigkeit sowie den damit zusammenhängenden Fragen. In der Buch- und Papierverarbeitungsindustrie gestaltete sich die Konjunktur im verflossenen Jahre recht ungünstig. Besonders groß war der Stillstand im Buchbindergewerbe. Die Zahl der Arbeitslosen schwankte zwischen 500 und 520 Personen, sie betrug 15 Proz. des Mitgliederbestandes. Im Monat Februar wurde mit den Unternehmern ein Uebereinkommen getroffen, nach dem die Arbeitslöhne auf Grund des Teuerungsindexes wöchentlich geregelt werden. Entsprechend diesem Abkommen hatte eine Lohnerhöhung einzutreten, wenn der Index eine 5 Prozentige Teuerung aufweist. Streiks wurden geführt in der Kartonnagenindustrie sowie in der Tütpfbranche, die stets mit vollem Erfolg für die Arbeiter endeten. Im September wurde mit den Unternehmern eine neue Vereinbarung getroffen, nach der die Arbeitslöhne jedesmal am 1. und

15. des Monats neu geregelt wurden, wenn der Index am 1. des Monats eine 1 Prozentige, am 15. aber eine 3 Prozentige Teuerungszulage aufweist. Obwohl der Index bis Jahreschluss gleich blieb, wurde im Oktober durch Verhandlungen mit den Unternehmern eine weitere 4 Prozentige Lohnerhöhung erreicht.

Der ungarische Verband hat im Vorjahr 51 Lohnbewegungen geführt, von denen 49 nach Kampf, zwei auf friedlichem Wege beigelegt werden konnten.

Der Mitgliederbestand des ungarischen Verbandes beträgt 700 Männer und 2900 Arbeiterinnen. Ein weiteres Zunehmen des Verbandes ist nicht mehr möglich, da bereits 98 Proz. der Arbeiterschaft organisiert sind. Der Bericht des ungarischen Verbandes enthält zum Schluss die erfreuliche Feststellung, daß er im verflossenen Jahre sowohl in ideeller, als auch in materieller Hinsicht sehr erstrakt ist.

Literarisches.

Grammer, Der Prozeß des Reichspräsidenten. Eine eingehende Darstellung des Magdeburger Prozesses mit juristischen Citaten von Fayer, Radbruch, Schärer, Einheimer u. a. Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW. 68.

Senff-Georgi, Das lustige Fortranbuch. 400 Seiten. Preis vornehm geb. 4 Mk. Max Hesses Verlag, Berlin W. 15.

Reinwald, Der Weg zur Gesundheit. 223 Seiten. Preis gebunden 2,60 Mk. Max Hesses Verlag, Berlin W. 15.

Wahnerverzeichnis des Verlages Cressel u. Meier in Leipzig. 256 Seiten mit zahlreichen Abbildungen. In Originaleinband.

Sterbetafel.

- Im Monat Februar sind uns als bestorben gemeldet: Bremen: Billy Schmidt, Buchbinder, 19 Jahre, Augenleiden. Chemnitz: Anton Kupferschmid, Buchbinder, 35 Jahre, Nervenleiden. Gau Zassen. Bruno Schirmer, Kartonnagenarbeiter, 26 Jahre, Herzschwäche. Gau Gauja, Olga Bittler, Kartonnagenarbeiterin, 20 Jahre, Leber- und Nierenleiden. Balthar Kubring, Buchbinder, 20 Jahre. Hamburg-Mitte. Paula Schuck, Papierarbeiterin, 19 Jahre, Freitod. - Paul Voigt, Kartonnagenzschneider, 27 Jahre, Herzschlag. - Hans Schmidt, Buchbinder, 80 Jahre, Altersschwäche. - Gertrud Ppisch, Kartonnagenarbeiterin, 24 Jahre, Gehirnhautentzündung. Ludwigshafen. Otto Kaufmann, Buchbinder, 36 Jahre, Lungenerleiden. Rastingen-Wilhelmshaven. Julius Schärnig, Buchbinder, 68 Jahre, Magenkrebs. Berlin. Elisabeth Herrmann, Buchbinderarbeiterin, 24 Jahre, Herberentzündung. - Hermann Stern, Kartonnagenzschneider, 54 Jahre, Schlaganfall. Allen ein ehrendes Andenken!

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Ausgeschlossen auf Grund des § 15. Absatz 1b, des Statuts wurden in Dresden der Buchbinder Weigmann, Karl, geb. 20. April 1891 in Berlin, Buch-Nr. 174 360, und die Kartonnagenarbeiterin Ficker, Martha, geb. 18. Juni 1898 in Dresden, Buch-Nr. 234 887.

2. Karten zur Arbeitslosenstatistik sind in den letzten Tagen an alle Kassierer der Gau- und Ortsverwaltungen gefandt worden. Wir bitten dringend, die Karten bis spätestens am 2. März uns zuzufenden.

Abrechnungen

vom 4. Quartal 1924 gingen weiter bis zum 24. Februar bei der Verbandskasse ein von:

- Tilgt 5.- Mk. = Münster 160.- Mk., Remscheld 67,90 Mk., = Zwickau 300.- Mk., = Erfurt 500.- Mk., = Schweinfurt 58,82 Mk.

Nach nicht eingegangen sind die Abrechnungen von den Kapiteln in Rembamm, = Hensburg, = Torgau, = Malug, Welschden, = Ravensicht, Müschelitz, = Sebnitz, = Rugsburg. Der Verbandsvorstand.